

POSITIONSPAPIER 1/2018

Ältere Lesben und Schwule fordern gesellschaftliche Teilhabe

Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. und Dachverband Lesben und Alter e.V. appellieren an Senior*innenarbeit und Engagementpolitik

Lesben und Schwule stärken durch ihr Engagement den Zusammenhalt einer pluralistischen Gesellschaft. Ältere Lesben und Schwule zeigen neue Gestaltungsmöglichkeiten für tragfähige sorgende Verantwortungsgemeinschaften auf. Sie prägen ein positives Bild des selbstbestimmten, solidarisches und würdevollen Alterns. Verbände, Politik und lesbisch-schwule Community sind aufgerufen, diese Potenziale zu nutzen und zu unterstützen.

Der Dachverband Lesben und Alter e.V. und die Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. fordern:

- Diskriminierungsfreie gesellschaftliche Teilhabe für ältere Lesben und Schwule
- Zielgruppenspezifische Berücksichtigung in den Angeboten der Senior*innenarbeit
- Sensibilisierung der Träger der Wohlfahrtspflege für die Zielgruppe der älteren Lesben und Schwulen
- Berücksichtigung der Lebenslagen von älteren Lesben und Schwulen in der kommunalen Sozialplanung und Altenberichterstattung
- Bundes- und landesweit koordinierte Förderung für das Engagement älterer Lesben und Schwuler
- Förderung einer handlungsfähigen bundesweiten Interessenvertretung für ältere Lesben und Schwule



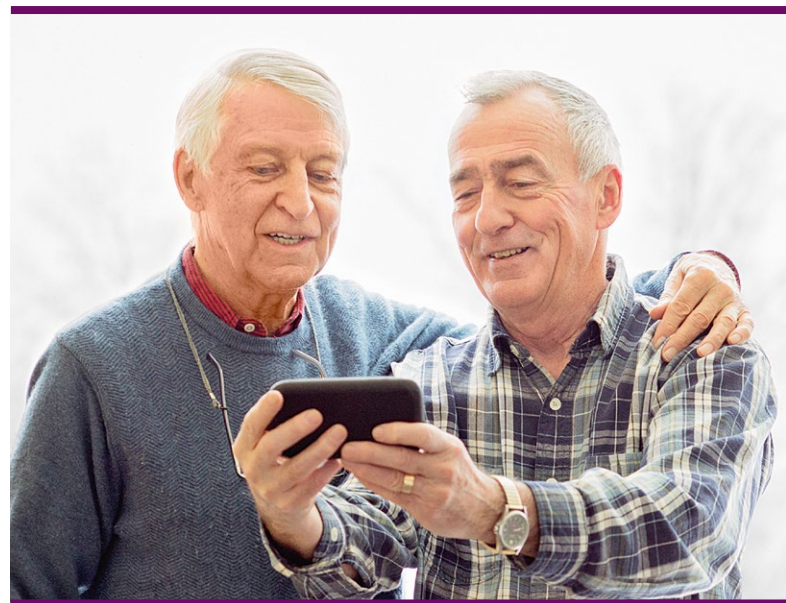
Engagementpolitik für ältere Lesben und Schwule

In Deutschland leben mindestens 800.000 ältere homosexuelle Frauen und Männer ab 65 Jahren.¹ In Bezug auf ihre rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften leben Verantwortung bis ins hohe Alter und können diese nun auch rechtlich absichern. Schwule werden nicht mehr kriminalisiert, sondern für ihre aufgrund ihrer Homosexualität erfolgte strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung in Ost und West endlich rehabilitiert und entschädigt. Lesben werden nicht mehr geächtet als „alleinstehende“, unverheiratete Frauen. Eine politische Entschuldigung für den erfolgten bzw. angedrohten Entzug des Sorgerechts für ihre Kinder steht allerdings noch aus.²

Für diese Errungenschaften haben viele heute ältere Lesben und Schwule fünf Jahrzehnte lang gekämpft. Für die Politik des würdevollen Alterns sind ihre Erfahrungen und ihr Engagement in Selbstorganisation, Frauen-, Schwulen- und Lesbenbewegung eine wertvolle Ressource. Die heute älteren Lesben und Schwulen haben durch ihren Einsatz für Gleichberechtigung den Zusam-

menhalt einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft gestärkt. Deshalb sollte eine bundes- und landesweite Förderung für das Engagement im Alter auch für Lesben und Schwule erfolgen. Dies gilt umso mehr, als viele heterosexuell lebenden Menschen, die über 60 Jahre alt sind, wenig Erfahrung im Umgang mit Lesben und Schwulen haben und diese deshalb öfter abwerten. Laut „Mitte-Studie 2016“ der Friedrich-Ebert-Stiftung trifft dies für 16,3 Prozent der über 60-Jährigen zu. Noch ist die Gleichberechtigung der Lebensformen keine Selbstverständlichkeit!

Es gilt daher, neue, der Vielfalt unserer Gesellschaft angemessene Angebote zu entwickeln. Wesentliche Grundlage dafür ist die Zusammenarbeit von Trägern der Wohl-



¹ Untersuchungen gehen davon aus, dass sich 3 % bis 10 % der Bevölkerung als lesbisch oder schwul identifiziert bzw. entsprechende Erfahrung hat. Legt man einen konservativ geschätzten Anteil von 5% zugrunde, kann bei aktuell 17.509 Mio Menschen in Deutschland ab 65 Jahren und älter von 875.000 Personen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung resp. Erfahrung ausgegangen werden. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/AltersgruppenFamilienstandZensus.html>

² Dieses Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte ist dringend zu erforschen. Welt digital, 10.1.2018: <https://www.welt.de/geschichte/article172342176/Sozialgeschichte-Noch-in-den-goern-verloren-lesbische-Muetter-das-Sorgerecht.html>

fahrtspflege mit Interessenvertretungen und Organisationen von älteren Lesben und Schwulen.

Forderungen an die Träger der Wohlfahrtspflege und Senior*innenarbeit

Die Erfahrungen von älteren Lesben und Schwulen in der Selbstorganisation nutzen den Trägern der Wohlfahrtspflege. Diese Generation hat in den 1970er Jahren unter Bedingungen schwacher Ressourcen und

Sensibilisierung der Senior*innenarbeit für die Bedarfe von Lesben und Schwulen

ohne öffentliche Unterstützung Formen der Selbstorganisation und politischen Partizipation und im Zeichen der Aidskrise in den 1980er Jahren innovative Konzepte sorgender Gemeinschaften entwickelt. Auf diese Erfahrungen und Ressourcen können sich Träger der Wohlfahrtspflege und Altenhilfe stützen, wenn sie ältere Lesben und Schwule für ein Engagement gewinnen und bedarfsgerechte Angebote in der Senior*innenarbeit initiieren wollen.

Ältere Lesben und Schwule setzen sich dafür ein, dass ihre Lebensformen auch im Alter berücksichtigt werden und Unterstützung finden. Sie wollen sich nicht mehr verstecken müssen, sondern ihr Alter aktiv und angstfrei gestalten. Zu diesem Zweck haben sie vielerorts selbstorganisierte Gruppen gegründet und eigene An-

gebote entwickelt. Sie sind offen, auf der Basis einer verlässlichen Zusammenarbeit gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern der Altenhilfe zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln.

Um das Vertrauen älterer Lesben und Schwuler in Angebote der Träger der Wohlfahrtspflege zu stärken, ist es unerlässlich, durch Kooperation vorhandene Hemmschwellen abzubauen, die aus der strukturellen Benachteiligung von Lesben und Schwulen erwachsen sind. Das bedeutet: Sensibilisierung der Senior*innenarbeit für die Bedarfe von Lesben und Schwulen bzw. für das Thema der geschlechtlichen Vielfalt im Alter, Kooperation und Vernetzung mit den Organisationen der älteren Lesben und Schwulen und Anerkennung ihres vielfältigen Engagements in Nachbarschaften, Initiativen und Vereinen!

Forderungen an die Kommunen

Die örtlichen Angebotsstrukturen in Versorgung und Pflege spielen eine zentrale Rolle für ältere Lesben und Schwule, die ihr Altern diskriminierungsfrei und aktiv gestalten wollen. Kommunale Sozialplanung und Altenberichterstattung sind aufgerufen, die Lebenslagen von älteren Lesben und Schwulen zu berücksichtigen, damit Zugangsbarrieren überwunden werden können.

In Großstädten gibt es seitens der Altenhilfe vereinzelt zugehende Angebote, die sich an ältere Lesben und Schwule wenden, Zugangsbarrieren abbauen und das Engagement fördern. In kleineren Städten und

im ländlichen Raum sind solche Angebote kaum existent, leben viele ältere Lesben und Schwule eher vereinzelt und isoliert. Kommunen aller Größenordnungen sind aufgefordert, im Rahmen von kommunalen Aktionsplänen und Altenplanungen qualitative Erhebungen durchzuführen, um die Bedarfe von älteren Lesben und Schwulen festzustellen. Auf dieser Grundlage gilt es, gemeinsam mit Lesben- und Schwulenorganisationen und Trägern der Wohlfahrtspflege Handlungskonzepte zu entwickeln.

Forderungen an die Bundes- und Landespolitik

Um ein diskriminierungsfreies und aktiv gestaltetes Altern von Lesben und Schwulen zu gewährleisten, ist eine handlungsfähige Interessenvertretung von älteren Lesben und Schwulen unerlässlich.

Der Dachverband Lesben und Alter e.V. und die Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. (BISS e.V.) sind die bundesweit relevanten zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen, die sowohl auf die Träger der Wohlfahrtspflege Einfluss nehmen als auch in die Community hineinwirken können, damit dieses Ziel erreicht wird.

Die Politik ist daher aufgefordert, die Vorhaben dieser Interessenvertretungen zu unterstützen.

Die Politik kommt diesem Auftrag nach, wenn sie die Organisationen älterer Lesben und Schwuler mit ihrer Expertise an

Programmen des bürgerschaftlichen Engagements und der Altenhilfe mitwirken lässt und diese Mitwirkung fördert. Eine Stärkung der Organisationen älterer Lesben und Schwuler unterstützt darüber hinaus den Abbau von Diskriminierung im Alter und stärkt das Engagement älterer Lesben und Schwuler in der Senior*innenpolitik.

Gutes Beispiel - NRW

Die vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior*innenarbeit NRW, angesiedelt im rubicon e.V, leistet Pionierarbeit für eine vielfaltsorientierte Altenhilfe und Senior*innenpolitik. Zu den Schwerpunkten gehören die

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für gleichgeschlechtliche Lebensformen im Alter
- fachliche Beratung von Mitarbeitenden der kommunalen Senior*innenarbeit
- Kooperationen mit Trägern der offenen Senior*innenarbeit
- Unterstützung von Initiativen für ältere Lesben und Schwule



Mehr Informationen unter www.rubicon-koeln.de

Köln / Berlin, April 2018

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend